


Konrad-Adenauer-Stiftung Washington

Think Tank Update Juli/August 2006



Antiterrorpolitik der USA  
Kuba nach Castro  
Muslime in Europa  
Think Tank News

Ursula Carpenter  
Konrad-Adenauer-Stiftung Washington

Konrad-Adenauer-Stiftung  
Washington  
2005 Massachusetts Avenue, NW  
Washington, DC 20036  
USA

Tel. + 1-202-464-5840  
Fax. + 1-202-464-5848  
office@kasusa.org  
www.kasusa.org  
www.kas.de

## Antiterrorpolitik der USA

### Ein Jahr nach Katrina: Bush kämpft um sein 9/11-Image



Zwei Jahre vor Ende seiner zweiten und letzten Amtszeit kämpft George Bush nicht nur für den Machterhalt seiner eigenen Partei im Kongreß, sondern auch um das Erbe seiner Präsidentschaft. Zwei gegensätzliche Bilder prägen Bush als Präsidenten: das Image der energiewillensstarken und leidenschaftlich-kämpferischen Führungspersönlichkeit in den Trümmern des World Trade Centers nach 9/11 – und das als Schandfleck von Bushs Amtszeit bekannt gewordene Bild des wirklichkeitsfremden, herzlosen Präsidenten, der die

von Hurrikan Katrina verwüstete Golfküsten im "Überflug" aus dem



Komfort der Airforce One begutachtet ("fly-over president"). In diesen Tagen jährt sich diese größte Naturkatastrophe der Vereinigten Staaten zum ersten Mal, und Präsident Bush kämpft mit allen Mitteln gegen den Katrina-Makel an. Ob sein Besuch an der Golfküste am Jahrestag des Desasters genügt, sein Ansehen

als Kriegspräsident bei den Wählern wiederzuerlangen, bleibt abzuwarten. Die Demokraten ihrerseits jedoch nutzen den Jahrestag des Jahrhundertsturms dazu, die Mißwirtschaft der Bush-Regierung während und nach der Katastrophe anzuprangern. Das Schlagwort "mismanagement" dient im bereits jetzt tobenden Kongreßwahlkampf der Opposition dazu, nicht nur die Fehlleistungen im eigenen Lande, sondern insbesondere auch im außenpolitischen Bereich zu unterstreichen<sup>1</sup>. Gerade auch auf dem Feld, auf dem die Republikaner und Präsident Bush bei den Wählern traditionell gute Noten erhalten, der nationalen Sicherheit, wollen die Demokraten der Grand Old Party die Führungsrolle streitig machen, indem sie die Fehler der Bush-Administration bei der Hurrikan-Katastrophe insbesondere mit denen des Irakkrieges verknüpfen.

<sup>1</sup> vgl. "Year After Katrina, Bush Still Fights for 9/11 Image", Sheryl Gay Stolberg, The New York Times, 28. August 2006

## Vereitelung von Anschlägen in Großbritannien heizt Antiterror-Debatte an

Die in London verhinderten Anschläge auf Flugzeuge von US-Linien heizte die anhaltende Kontroverse um die Antiterrorpolitik der Bush-Regierung zusätzlich an. Unmittelbar danach und rund fünf Jahre nach den Terroranschlägen des 11. September 2001 ist in Washington erneut die Debatte über die "richtige Strategie" im Kampf gegen den globalen Terrorismus entbrannt. Einigkeit herrscht lediglich darüber, daß das Londoner Komplott die anhaltende Verwundbarkeit des Westens offengelegt hat und daß eine noch größere Wachsamkeit und noch bessere Verteidigung nötig ist, um das weltweite Netzwerk des islamischen Extremismus zu bekämpfen. Einer der führenden Terrorismusexperten Amerikas, der Leiter des Washingtoner Büros der renommierten **Rand Corporation**, **Bruce Hoffman**, warnte in diesen Tagen vor der Annahme, Al-Kaida sei auf dem Rückzug: "Nichts könnte weiter von der Wahrheit entfernt sein. Tatsächlich ist Al-Kaida auf dem Vormarsch."<sup>2</sup>

## Republikaner: Wir sind auf dem richtigen Weg!

Uneinigkeit herrscht jedoch weitgehend darüber, welche Lektionen aus den verhinderten Attentaten gelernt werden sollen. Think Tank-Experten aus dem Republikanischen Lager sehen die erfolgreiche Vereitelung als eine Bestätigung der Antiterrorkampagne der Bush-Regierung. So rät der Heimatschutzexperte der **Heritage Foundation**, **James Carafano**, an der "Strategie, die wir zur Bekämpfung und zur Besiegung des langen Krieges haben" festzuhalten.<sup>3</sup> Er ermahnt jedoch den Kongreß, der Versuchung zu widerstehen, das Problem mit mehr Geld zu lösen (z.B. obligatorische Inspektion aller Frachtgüter auf kommerziellen Flugzeugen). Dagegen appelliert er an den Kongreß, der Regierung die Werkzeuge zu geben, die zur effektiven Terrorismusbekämpfung nötig sind, u.a. den sog. *Patriot Act* und die Lauschangriffsprogramme der *National Security Agency*. Außerdem empfiehlt er, die für Transportsicherheit zuständige Behörde

---

<sup>2</sup> vgl. "What Went Wrong?", Bruce Hoffman, The Washington Post, 27. August 2006

<sup>3</sup> <http://www.heritage.org/Research/HomelandDefense/wm1193.cfm>

(*Transportation Security Agency, TSA*) zu privatisieren. Fazit des Heritage-Experten: "Ein guter Tag in einem langen Krieg."

### **Selbstzufriedenheit ist tödlich**

Auch **Peter Brookes**, ebenfalls Fellow der **Heritage Foundaton** und Autor von "*A Devil's Triangle: Terrorism, WMD and Rogue States*" unterstreicht die Bedeutung guter geheimdienstlicher Aktivitäten (z.B. NSA-Lauschgriffe und die Überwachung internationaler Finanztransaktionen) als wichtige Verteidigungsstrategie. Er zieht aus der Vereitelungen der Anschläge darüber hinaus die Schlußfolgerung, daß es sich bei Al-Kaida inzwischen nicht mehr um eine terroristische Gruppe, sondern um eine globale Terrorismusbewegung handele, die sich weltweit einheimischer Extremisten ("homegrown terrorists") bediene. Gerade angesichts der verfeinerten Terrortechniken von Al-Kaida gelte es, die internationale Zusammenarbeit von Geheimdiensten und Polizeikräften zu stärken. Für Brookes lautet daher die Strategie, in der Offensive zu bleiben und bei der internationalen Zusammenarbeit im Kampf gegen den Terrorismus alle "harten" und "weichen" Instrumente der Staatsgewalt zu nutzen. Seine Lektion aus den verhinderten Londoner Anschläge heißt: Es war ein "klarer Sieg im Krieg gegen den Terrorismus", aber "Selbstzufriedenheit kann töten."

### **Gefährliches Potenzial europäischer Muslime**

Für den Republikanischen Insider beim **American Enterprise Institute** **David Frum** beweisen die versuchten Londoner Terroranschläge, daß sich entfremdete Muslime in Europa vermehrt dem Terrorismus zuwenden. Angesichts der Tatsache, daß es sich bei den Londoner Terrorplanern auch um Briten handele, die zum Islam konvertiert sind, habe sich die Warnung von **Daniel Pipes**, dem neokonservativen Leiter des in Philadelphia angesiedelten **Middle East Forum**,<sup>4</sup> bewahrheitet, daß der extremistische Islam die radikale Linke als Ideologie für wütende und entfremdete junge Menschen, die eine Alternative zum demokratischen Kapitalismus suchten, ersetzt habe. Frum selbst schöpft Hoffnung aus den bisherigen Fortschritten des Westens im Kampf gegen den Terrorismus, warnt jedoch vor der Verharmlosung der "enablers" des Terrorismus, einer "Gemeinschaft derer, die vorgeben, Terroristen zu verdammen, während

---

<sup>4</sup> <http://www.meforum.org/about.php>

sie diese gleichzeitig zu eigenen Zwecken ausnutzt."<sup>5</sup> Auch für den Terrorismusexperten des **Center for Strategic and International Studies (CSIS)**, **Daniel Benjamin**, belegen die Londoner Terrorpläne, daß Europa neben dem Nahen Osten zum "zweiten großen Feld des Dschihad"<sup>6</sup> geworden sei. Europas entfremdete junge Muslime stellen einen fruchtbaren Nährboden für Terrorismus dar. Dabei spiele der Irakkrieg eine geradezu katalytische Rolle. Dies reflektiere einen dramatischen Wandel in der Dschihad-Bewegung, die sich zunächst aus den Veteranen des Dschihad Afghanistans gegen die Sowjetunion gespeist habe und sich jetzt primär zu einer Domäne selbstrekrutierter, im Westen gebürtiger Neuankömmlinge ("homegrown") entwickelt habe.

### **Demokraten: Bushs Antiterror-Strategien sind unausgereift**

Der ehemalige Europa-Direktor in Präsident Clintons Nationalem Sicherheitsrat und jetzt bei der **Brookings Institution** tätige außenpolitische Experte **Ivo Daalder** weist die Schlußfolgerung seitens der Bush-Regierung zurück, daß die Vereitelung der Londoner Terroranschläge eine Rechtfertigung für die Fortsetzung der bisherigen Antiterror-Strategie sei. Daalder ist hingegen davon überzeugt, daß die beiden Kernstrategien der Bush-Administration im Antiterrorkampf fehlgeleitet sind. Die erste Strategie beinhalte, daß der Krieg gegen den Terrorismus am besten offensiv geführt werden müsse - nach dem Motto "Wir bekämpfen sie drüben (Irak, Libanon), damit wir sie nicht hier bekämpfen müssen."<sup>7</sup> Diesem Ansatz widerspräche jedoch die Tatsache, daß es sich bei den mutmaßlichen britischen Attentätern um einheimische muslimische Extremisten handele, zu deren Bekämpfung eine militärische Strategie sinnlos sei. Im Falle von Heathrow sei die Erfolgsstrategie die solide langfristige Arbeit der britischen Polizei und der Geheimdienste gewesen, d.h. Defensivmaßnahmen, die die Bush-Regierung immer abgelehnt habe.

Darüber hinaus widerlege der Londoner Erfolg das zweite Kernstück der gegenwärtigen Antiterrorpolitik, daß nämlich effektive Terrorismusbekämpfung damit einhergehe, etablierte Regelwerke des Rechtsstaates außer Kraft zu setzen. Die britische Vereitelung beweise gerade das Gegenteil: "Es gibt keinen Grund, das Gesetz oder die Bürgerrechte zu

---

<sup>5</sup> Frum spielt hier auf muslimische Gruppen sowie auf vier muslimische Parlamentsmitglieder in Großbritannien an, die jüngst einen offenen Brief an Tony Blair richteten, in dem sie die britische Regierungspolitik für die Terrorattacken auf das Land verantwortlich machten.

<sup>6</sup> <http://img.slate.com/id/2147498/>

<sup>7</sup> "Not Good for War on Terror", America Abroad Weblog, 10. August 2006

[http://americaabroad.tpmcafe.com/blog/americaabroad/2006/aug/10/not\\_good\\_for\\_war\\_on\\_terror](http://americaabroad.tpmcafe.com/blog/americaabroad/2006/aug/10/not_good_for_war_on_terror)

untergraben", um effektiv gegen den Terrorismus vorzugehen. Daalders Fazit: "Wir leben noch in einer sehr gefährlichen Welt (...) aber das darf nicht zu einer Rechtfertigung der unausgereiften Strategien führen, für die Bush im Umgang mit dieser Gefahr in den letzten fünf Jahren geworben hat."

### **Terrorismusbekämpfung: heißes Wahlkampfthema**

Präsident Bush nutzte unmittelbar am Tag des Bekanntwerdens der Londoner Terrorpläne die Gelegenheit, nicht nur der Blair-Regierung, sondern auch den eigenen US-Behörden in Washington für die "solide Kooperation" zu danken und die eigene Bevölkerung daran zu erinnern, daß "dieses Land sicherer ist als vor 9/11".<sup>8</sup> Eine Woche später besuchte der US-Präsident demonstrativ das *National Antiterrorism Center* und sprach dort von seinen Erfolgen im Kampf gegen den Terror. Dies veranlaßte jedoch seinen Amtsvorgänger Bill Clinton zu einem Appell an die Republikaner, die Vereitelung der Londoner Terrorattacken nicht zu politisieren. Auf Republikanischer Seite indes warf jüngst Vizepräsident Dick Cheney den Demokraten mit Blick auf den Irak-Krieg vor, eine Partei des Defätismus zu sein ("Defeatocrats"), und der Fraktionsführer im Repräsentantenhaus, Dennis Hastert, beschuldigte wenige Stunden nach Bekanntgabe des Londoner Komplotts die Demokraten, daß deren Führungsregie im Kongreß genau die Maßnahmen torpedieren wollte, die jetzt zur erfolgreichen Vereitelung geführt hätten. Dadurch hätten die Demokraten "Amerikas geheimdienstliche Anstrengungen und die Abwehr gegen den Terrorismus geschwächt."<sup>9</sup> Der oberste Parteifunktionär der Republikaner, der RNC-Vorsitzende Ken Mehlman, attackierte die Opposition gleich am Tag der Bekanntgabe des Londoner Komplotts: "Wenn es nach John Kerry gegangen wäre und wir Irak den Terroristen überlassen hätten, wären die islamischen Dschihadisten gestärkt und in Zukunft noch gefährlicher."<sup>10</sup>

### **Top-Thema im Präsidentschaftswahlkampf 2008**

Die Strategien zur Bekämpfung des globalen Terrorismus versprechen, nicht nur im diesjährigen Zwischenwahlkampf, sondern auch im Präsidentschaftswahlkampf 2008 zum Top-Thema zu werden. Auf Republikanischer Seite stürzte sich der Hoffnungsträger Mitt Romney,

<sup>8</sup> [www.whitehouse.gov/news/releases/2006/08/print/20060810-3.html](http://www.whitehouse.gov/news/releases/2006/08/print/20060810-3.html)

<sup>9</sup> [speaker.house.gov/library/terrorism/060810bonjean.shtml](http://speaker.house.gov/library/terrorism/060810bonjean.shtml)

<sup>10</sup> <http://www.gop.com/News/Read.aspx?ID=6485>

Gouverneur von Massachusetts, geradezu auf die Gelegenheit, sich als Führungsperson nationalen Ranges zu präsentieren<sup>11</sup>. Noch vor der Pressekonferenz von Präsident Bush sprach er am 10. August zu Journalisten, sagte seine geplanten Reisen ab und zog kurzerhand Reservisten der Nationalgarde seines Bundesstaates ein, um so seine Führungsqualitäten unter Beweis zu stellen (obwohl keines der von den Terroristen avisierten Flugzeuge nach Boston hätte fliegen sollen). Unter den demokratischen Kandidaten und Anwärtern meldete sich Senator Joe Biden mit der Einschätzung zu Wort, daß die Londoner Pläne, "Präsident Bushs Aussage untergrabe, der Irak sei die Hauptfront im Krieg gegen den Terrorismus"<sup>12</sup>. Die aussichtsreichste Kandidatin für die Nominierung der demokratischen Partei für die Präsidentenwahlen, Senator Hillary Clinton, nutzte die Gelegenheit zum Appell, "zu andauernder Wachsamkeit und für eine enge Zusammenarbeit mit unseren Freunden und Alliierten", scheute sich jedoch nicht vor einem Seitenhieb in Richtung der Republikaner: "Niemand soll ein Gefühl von Erfolg haben – wir haben noch viel Arbeit vor uns."<sup>13</sup> Ob sich das Trauma der Demokraten auch bei den Zwischenwahlen wieder bewahrheiten wird, daß nämlich die Republikaner mit ihrem traditionellen „Antiterror-Profil“ bei den Wählern Erfolg haben werden, wird sich im November zeigen. Zumindest ist Präsident Bush laut jüngsten Meinungsumfragen eine Woche nach der Vereitelung der Anschläge im Ansehen der Amerikaner als oberster Terrorbekämpfer um acht Prozentpunkte gestiegen.<sup>14</sup> Mit Sicherheit werden die Republikaner diese Karte auch im Präsidentenwahlkampf 2008 ziehen.

## Kuba nach Castro



Die Nachricht von Fidel Castros schwerer Erkrankung führte in der Hochburg der Exilkubaner Miami (Florida) zu Freudenkundgebungen. In Washington weckte sie Hoffnungen auf einen baldigen "kubanischen Frühlings". Sollte nach 47 Jahren der Castro-

<sup>11</sup> vgl. "Mitt seizes spot on national stage", Dave Wedge, Boston Herald, 11. August 2006

<sup>12</sup> "Biden: Terror plot proves war's misguided Iraq focus", Thomas Beaumont, DesMoines Register, 11. August, 2006

<sup>13</sup> [clinton.senate.gov/news/statements/details.cfm?id+261657&&](http://clinton.senate.gov/news/statements/details.cfm?id+261657&&)

<sup>14</sup> siehe USA Today/Gallup Poll vom 18-20. August 2006, <http://pollingreport.com/terror.htm>

Diktatur die Karibikinsel jetzt reif sein für die Demokratie? Sollte nach 44 Jahren und 10 U.S.-Regierungen jetzt der Zeitpunkt gekommen sein, von der traditionellen harten Linie der amerikanischen Kuba-Politik abzuweichen? Welche Gestalt sollte Amerikas Politik "am Morgen danach" annehmen? Während in Miami bereits die neue Post-Castro-Ära gefeiert wurde, herrschten im August 2006 in außenpolitischen Kreisen in Washington vor allem Zweifel über die Zukunft der amerikanischen Kuba-Politik.

### **Die harte Linie der USA**

Seit der Machtübernahme Fidel Castros im Jahr 1959 haben die Vereinigten Staaten mit harten Maßnahmen, u.a. Wirtschaftssanktionen und der Einstufung Kubas als staatlicher Sponsor von Terrorismus, versucht das Castro-Regime zu schwächen. Seit 1961 verfolgen amerikanische Regierungen eine Politik des Wirtschaftsembargos und der diplomatischen Isolation. Unter Präsident George W. Bush wurde diese harte Linie durch striktes Einhalten des Embargos und weiterreichende Reisebeschränkungen noch verschärft. Seitens des US-Kongresses wurde diese Politik jüngst durch das Zulassen landwirtschaftlicher Exporte von den USA nach Kuba etwas aufgeweicht, und es gibt verstärkte Bestrebungen der Agrarindustrie, den Marktzugang zu Kuba zu erweitern. Die relativ kleine, aber lautstarke Gemeinde der Exilkubaner in Florida will jedoch eine Normalisierung der Beziehungen Amerikas mit Kuba unbedingt verhindern solange das Castro-Regime noch besteht. Als im Jahr 2002 eine überparteiliche Gruppe von Senatoren (Congressional Cuban Working Group) vorschlug, u.a. Reisebeschränkungen aufzuheben und private Finanzierungen von Nahrungsmitteln und Landwirtschaftsprodukten zuzulassen, kam es ein Jahr später zwar zur Verabschiedung dieser Vorlage im Kongreß. Als jedoch Präsident Bush mit seinem Veto drohte, wurden diese Maßnahmen aus der Gesetzesvorlage gestrichen. Die harte Linie der Bush-Administration zahlte sich für George Bush aus, als er mit den hispanischen Wählerstimmen Floridas 2004 wiedergewählt wurde. Kritiker der amerikanischen Kuba-Politik bezeichnen die Beziehungen als "vergiftet"<sup>15</sup>:

### **Ein demokratisches Kuba als Teil der Freiheitsagenda**

---

<sup>15</sup> Wayne Smith, Leiter des Kuba-Programmes am Center for International Policy



Für die US-Regierung gibt es angesichts andauernder Menschenrechtsverletzungen in Kuba und aufgrund der ideologischen Unvereinbarkeit einer sozialistischen Diktatur mit der Freiheitsagenda von Präsident Bush keine Alternative zur harten Linie der bisherigen Kuba-Politik. Seit 2003 betreibt sie jedoch gleichzeitig eine Politik, die "den Übergang Kubas beschleunigen und erleichtern soll." Mit diesem Ziel hatte George Bush vor drei Jahren die "Commission for the Assistance to a Free Cuba" (CAFC) einberufen. Die hochrangig besetzte Kommission hat seitdem zwei Berichte mit konkreten politischen Handlungsanweisungen vorgelegt. Der jüngste Bericht vom Juli 2006 fordert, analog zur neuen Iran-Initiative im US-Außenministerium, einen Kuba-Fonds von \$ 80 Mio. zur Unterstützung einer demokratischen Zukunft in Kuba. Das Ziel eines freien Kubas ist Teil der weltweiten Freiheitsagenda Präsident Bushs. So äußerte Außenministerin Rice bei der Ernennung des "Cuba Transition Coordinator", Caleb McCarry, im Juli 2005: "Amerikaner glauben, daß Freiheit und das Recht auf Menschenwürde nicht Amerikas Geschenke sind, sondern Geschenke des Schöpfers. Deshalb legen wir so viel Wert auf weltweite Demokratieförderung, und wir werden nicht ruhen, bis diese Hemisphäre die beste in Frieden und Demokratie vereinte Hemisphäre ist. Wir können dies nicht tun bis es ein freies Kuba gibt."<sup>16</sup>

### **Botschaft an Kuba: "Kein besserer Freund als die USA"**

In den Tagen nach dem Bekanntwerden der Machtübergabe Fidel Castros an seinen Bruder Raúl bekräftigte Präsident Bush seine "absolute Verpflichtung, die kubanische Bevölkerung in ihrem Streben nach Demokratie und Freiheit zu unterstützen"<sup>17</sup> und rief alle demokratischen Staaten dazu auf, sich hinter die Freiheitsbestrebungen Kubas zu stellen. Den Kubanern selbst sprach Bush Mut zu und drängte sie, "für demokratischen Wechsel auf der Insel zu arbeiten". Denjenigen, die sich dem Freiheitsdrang Kubas in den Weg stellen sollten, drohte Bush jedoch: "Das werden wir uns merken." Für den Fall, daß es in Kuba zu einem Regierungswechsel kommen sollte, versprach der US-Präsident "die volle und bedingungslose Unterstützung der Vereinigten Staaten." Außenministerin Rice bekräftigte dies: "Wir ermutigen die kubanische Bevölkerung, zu Hause auf einen positiven Wechsel hinzuarbeiten... Während dieser Zeit des Wandels müssen Sie alle wissen, daß Sie keinen besseren Freund haben als die Vereinigten Staaten von Amerika."<sup>18</sup>

---

<sup>16</sup> [www.state.gov/secretary/rm/2005/50346/thm](http://www.state.gov/secretary/rm/2005/50346/thm)

<sup>17</sup> [www.state.gov/p/wha/rls/prsr/2006/q3/69940.htm](http://www.state.gov/p/wha/rls/prsr/2006/q3/69940.htm)

<sup>18</sup> [www.state.gov/secretary/rm/2006/69974.htm](http://www.state.gov/secretary/rm/2006/69974.htm)

## Verfrühte Hoffungen?

**Mark Falcoff**, Mitglied der *Council on Foreign Relations Task Force on U.S.-Cuban Relations*, dämpft die Euphorie der Exilkubaner. Für ihn stellt sich zum jetzigen Zeitpunkt lediglich die Frage, ob Castro, falls er genesen sollte, selbst weiter regiert oder ob sein Bruder Raúl die Zügel der Macht übernehmen wird: "Es gibt wenig Grund zur Annahme, daß Castros Verschwinden einen großen Unterschied machen wird, zumindest nicht in der vorhersehbaren Zukunft."<sup>19</sup> Vielmehr, so der Autor des vor drei Jahren veröffentlichten Buches "Cuba after Castro", befinde sich Kuba bereits seit einiger Zeit in einer "ruhigen Übergangsphase" hin zu einem "Raúlismus", d.h. einem Nachfolgeregime unter Castros Bruder Raúl, der bereits das Militär, das Innenministerium (Polizei!) und indirekt viele Ministerien und staatliche Unternehmen kontrolliere. Die seit 1994 stattfindende Abwanderung von jährlich 20.000 kubanischen Dissidenten wirke sich geradezu als Stabilitätsfaktor für einen "Raúlismo" aus. Zwar sei der Castro-Bruder selbst nicht in bester gesundheitlicher Verfassung und ihm fehle das nötige Charisma, man dürfe jedoch weder sein Durchhaltevermögen, sein Organisationstalent noch seinen Realismus unterschätzen. Falcoff rechnet damit, daß Raúl Castro als eine Art Premierminister eventuell im Rahmen einer Kollektivherrschaft mit dem kubanischen Außenminister Felipe Perez Roque oder dem Parlamentspräsidenten Ricardo Alarcon regieren wird und somit in den europäischen und lateinamerikanischen Hauptstädten hoffähig werden könnte. Damit würde sich in Kuba selbst jedoch nichts verändern: "weder in der Politik, in der Wirtschaft noch hinsichtlich der Menschenrechte."

## Steiniger Weg statt Frühling

Auch für **Stephen Johnson**, Lateinamerika-Analyst der *Heritage Foundation*, ist lediglich gewiß, daß Kubas Zukunft schwer vorhersagbar ist. Sogar ein Post-Castro-Szenario, in dem nach dem Ableben beider Castro-Brüder ein Machtkampf zwischen hochrangigen Regierungsvertretern ausbrechen könnte, ist für Johnson denkbar, wie auch eine kollegiale Junta von Generälen, die Kubas Haupteinkommensquellen und einen eventuellen "Kontrollverlust über die Massen" in ihrer Gewalt hätten. Für die

---

<sup>19</sup> "After Fidel: It's All in the Family", Marc Falcoff, New York Post, 2. August 2006

amerikanische Kuba-Politik läßt dies, so Johnson, nicht viel Spielraum: "Abgesehen von einer militärischen Aktion, würde keine US-Politik einen Wandel erzwingen."<sup>20</sup> Was der gegenwärtigen Kuba-Politik der US-Regierung fehle, seien Anreize für eine Regierung nach Castro, demokratische und marktwirtschaftliche Reformen in Angriff zu nehmen. Für Johnson ist das Hereinbrechen eines Frühlings in Kuba zum jetzigen Zeitpunkt noch fraglich: "Selbst wenn der Diktator seinen letzten Atemzug macht, liegt noch ein steiniger Weg vor uns." Die amerikanische Bevölkerung reagierte auf die jüngsten Entwicklungen in Kuba mit Gelassenheit. Lediglich 28% der Amerikaner sehen in Kuba einen "gefährlichen Feind", 41% halten Kuba für einen "harmlosen Gegner".<sup>21</sup> Auch teilen die Amerikaner nicht das optimistische Stimmungsbild der Exilkubaner oder die Hoffnung ihrer eigenen Regierung auf eine baldige kubanische Demokratie: 75% der Befragten sind der Meinung, daß nach Castro ein anderer Diktator in Kuba die Macht übernehmen wird, und nur 24% der Amerikaner glauben, daß sich eine kubanische Demokratie entwickeln wird.

## Muslime in Europa: Internationale Pew-Umfrage



Im Rahmen des *Pew Global Attitudes Project*, das seit 2001 eine Serie von Umfragen zu aktuellen Themen durchführt, befragte das **Pew Center** im Frühjahr 2006 Muslime weltweit<sup>22</sup> über ihre Meinungen. Nach einem von Karikaturen-Aufständen, Terroranschlägen in London, den französischen Vorstadt-Unruhen und dem Konflikt im Irak und in Afghanistan geprägten

Vorjahr hatten Beobachter mit heftigen Gegenreaktionen gegenüber muslimischen Einwanderern in Europa gerechnet. Dieser "backlash" ist laut der am 6. Juli 2006 veröffentlichten Umfrageergebnisse nicht eingetreten. Dennoch herrscht vor allem in Großbritannien und Deutschland tiefe

<sup>20</sup> "Springtime for Cuba?", [www.heritage.org/Press/Commentary/ed0802061.dfm](http://www.heritage.org/Press/Commentary/ed0802061.dfm)

<sup>21</sup> laut einer von Fox News am 10. August 2006 veröffentlichten Meinungsumfrage

<sup>22</sup> hauptsächlich in Großbritannien, Frankreich, Deutschland, Spanien, Ägypten, Indonesien, Jordanien, Pakistan, Türkei, Nigeria, Indien, Russland und den USA. Der Großteil der Erhebungen stammt aus den vier westeuropäischen Ländern.

<http://pewglobal.org/reports/display.php?ReportID=254>

Besorgnis über einen Anstieg des islamistischen Extremismus. Die größte Sorge unter muslimischen Einwanderern westeuropäischer Länder gilt jedoch der Arbeitslosigkeit.

### **Islamischer Extremismus in Großbritannien**

Die Umfrage kam zu dem Ergebnis, daß bereits vor den im August vereitelten Terroranschlägen auf transatlantische Passagierflugzeuge die Befürchtungen über einen Anstieg des islamistischen Extremismus in Großbritannien am stärksten ausgeprägt waren. 43% britischer Muslime gaben an, "sehr besorgt" zu sein, fast doppelt so viele Muslime wie in Spanien (21%), Deutschland (23%) oder Frankreich (26%). In der Bevölkerung Großbritanniens insgesamt hatte sich diese Sorge nach den Bombenanschlägen auf die Londoner U-Bahn bis zum Frühjahr 2006 noch verstärkt (2005: 34%; 2006: 42%). Außerdem ergab die Umfrage, daß britische Muslime im Vergleich zu Muslimen in anderen westeuropäischen Ländern eine stärker ausgeprägte islamische Identität haben. Über 80% britischer Muslime betrachten sich selbst an erster Stelle als Muslime, erst danach als Briten (Spanien: 69%, Deutschland 66%, Frankreich 46%).

### **Auch nach den französischen Vorstadt-Unruhen kein "Backlash" gegen Muslime**

Bemerkenswerterweise zeigen die Umfrageergebnisse, daß es nach den Aufständen junger französischer Muslime im Vorjahr kein Anzeichen für eine negative Gegenreaktion gegenüber dieser Bevölkerungsgruppe in Frankreich gab. Tatsächlich zeichnete sich ein Gegenteil ab: im Frühjahr 2006 sind mehr Franzosen der Meinung, daß Einwanderung aus dem Nahen Osten und Nordafrika "eine gute Sache" sei, als im Vorjahr. Außerdem sind Franzosen in diesem Jahr eher dazu geneigt zu sagen, daß in Frankreich lebende Muslime französische Sitten annehmen wollen. Auch in Deutschland und in Großbritannien gibt es in der Bevölkerung keine Zunahme negativer Haltungen gegenüber Einwanderern. Allerdings zeigen auch in Frankreich lediglich 46 % der Befragten Sympathien für die jungen Muslime im eigenen Land.

### **Arbeitslosigkeit größte Sorge europäischer Muslime**

Der Pew-Umfrage zufolge hatten westeuropäische Muslime generell eine positive Meinung von der Lage in ihrem Gastland – sogar positiver als die der allgemeinen Bevölkerung in Großbritannien, Deutschland, Frankreich und Spanien. Dennoch herrscht unter den Muslimen dieser Länder eine ausgeprägte Zukunftsangst, insbesondere in Großbritannien. Dabei gilt die größte Sorge unter Muslimen aller westeuropäischer Länder der Arbeitslosigkeit. Erst an zweiter Stelle steht bei dieser Bevölkerungsgruppe die Sorge über den islamistischen Extremismus.

### **Muslime in Deutschland verspüren größte Feindseitigkeit**

Die Pew-Erhebungen kommen zu dem Ergebnis, daß die Mehrheit europäischer Muslime nicht glaubt, daß viele oder die meisten Europäer feindselig gegenüber Muslimen eingestellt sind. Dennoch gibt ein beträchtlicher Anteil von Muslimen an, solche Feindseligkeiten zu verspüren. Diese Meinung ist im europäischen Vergleich in Deutschland am weitesten verbreitet: Mehr als die Hälfte sowohl der muslimischen (51%) als auch der allgemeinen Bevölkerung (63%) Deutschlands ist der Meinung, daß die meisten Deutschen Muslime mit Feindseligkeit betrachten. Gleichzeitig haben, laut Umfrageergebnissen, die in Deutschland lebenden Muslime am wenigsten über eigene Erfahrungen der Diskriminierung zu berichten. Außerdem neigen Muslime in Deutschland eher als in anderen europäischen Ländern zu der Annahme, daß muslimische Neuankömmlinge in Deutschland nicht integrationswillig sind. Nur 30% deutscher Muslime glauben, daß neue muslimische Einwanderer zur Integration bereit sind, und die meisten sagen, daß sie ein separates Leben führen wollen. Diese Auffassungen werden von der allgemeinen deutschen Bevölkerung geteilt.

### **Besorgnis um islamistischen Extremismus in Deutschland am größten**

Die Umfrageergebnisse ergaben generell keine zunehmende Sorge vor dem Extremismus in der Gesamtbevölkerung von Ländern mit muslimischen Minderheiten, weder in der allgemeinen Bevölkerung noch unter Muslimen. Aber der Prozentsatz der Personen, die angaben, über den islamistischen Extremismus "sehr besorgt" zu sein, stieg in diesem Jahr in den USA, Großbritannien und Deutschland an, während er in Frankreich unverändert blieb und in Spanien und Rußland sogar vergleichsweise geringer war. Die größte Sorge über einen ansteigenden islamistischen Extremismus ist in Deutschland zu verzeichnen: 82% der allgemeinen

Bevölkerung gaben an, entweder sehr (40%) oder etwas (42%) besorgt zu sein. Allerdings war diese Besorgnis im Vorjahr fast genauso stark.

## Think Tank News

### Senator Chuck Hagel erinnert an "Versailles" und ruft zur Besonnenheit Amerikas auf



In einer vielbeachteten Grundsatzrede zum Nahen Osten erinnerte einer der profiliertesten Außenpolitiker der Republikaner im Kongreß, **Senator Chuck Hagel**, am 28. Juli an die Lektionen, die Amerika nach dem Zweiten Weltkrieg von der Ära des amerikanischen Isolationismus nach "Versailles" lernen mußte. Auch heute befände sich die Welt in einer Zeit des Übergangs, und Amerika sei für die Welt immer noch "unentbehrlich". Der jetzige geopolitische Zeitpunkt sei "eine entscheidende Zeit für Amerika als Führungsmacht im 21. Jahrhundert". Der oft gegen den Strom seiner eigenen Partei schwimmende Senator, der kürzlich auch nicht davor scheute, die jüngsten Entwicklungen im Irak mit dem Vietnamkrieg zu vergleichen, hielt die Rede im Rahmen einer Vortragsserie aus Anlass des 90-jährigen Bestehens der **Brookings Institution**.

Der Volltext der Rede "A Defining Time for 21st Century American Leadership" findet sich hier:

<http://www.brookings.edu/comm/events/20060728hagel.pdf>

### US-Handelsminister wirbt für Gastarbeiterprogramm



Die innerhalb der Republikanischen Partei selbst hochkontroverse Einwanderungsform ist in diesem Sommer zu einem der heißesten Wahlkampfthemen der im Herbst anstehenden Zwischenwahlen geworden. Angesichts eines drohenden Machtverlustes der Republikaner im Kongreß war

der Auftritt eines Kabinettsmitglieds der Bush-Regierung zum Vorantreiben der ins Stocken geratenen Reform kaum verwunderlich. Handelsminister **Carlos Gutierrez**, ehemaliger Kellogg-CEO und gebürtiger Kubaner, warb am 1. August in einer Rede beim konservativen Washingtoner Think Tank **Cato Institute** für den als "Pence-Hutchinson" bekannt gewordenen Kompromißvorschlag, der der Wichtigkeit der amerikanischen Grenzsicherung sowie der Bedeutung von Gastarbeitern für die US-Wirtschaft gerecht werden will.

Redetext:

[http://www.cato.org/events/pf\\_immigrationreform/transcript\\_commerce\\_secretary\\_carlosgutierrez.html](http://www.cato.org/events/pf_immigrationreform/transcript_commerce_secretary_carlosgutierrez.html)

### **Brookings Institution eröffnet neues "Wolfensohn Policy Center"**



Am 5. Juli eröffnete die den Demokraten nahestehende **Brookings Institution** das "Wolfensohn Policy Center". Bereits vor einem Jahr hatte der ehemalige Weltbankchef **James Wolfensohn** dem Washingtoner Think Tank eine Zuwendung von \$1 Mio. gemacht. Aufgabe des Zentrums ist die internationale Forschung zu Kernfragen der Entwicklungspolitik. Wolfensohn selbst hat sich verpflichtet, während der nächsten fünf Jahre eine Summe von mindestens \$ 10 Mio. für das Zentrum einzutreiben und persönlich mindestens die Hälfte davon beizutragen. Leiter des Forschungsinstitutes ist der ehemalige Weltbank-Vizepräsident **Johannes Linn**.

Informationen zum Wolfensohn-Zentrum:

<http://www.brookings.edu/global/wolfensohn.htm>

### **Carnegie Endowment startet arabisches Internetportal**

Das **Carnegie Endowment for International Peace** startete Anfang August auf seiner Homepage ein Internetportal in arabischer Sprache. Ziel der Initiative ist es, ein neues Publikum zu erreichen und die wachsende Anzahl arabischsprachiger Publikationen einer größeren Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Kernstück dieses Webportals ist das in arabischer Sprache veröffentlichte "Arab Reform Bulletin". Außerdem enthält das Portal des Washingtoner Think Tanks auch arabische Übersetzungen

ausgewählter Carnegie-Artikel und Kommentare zum Nahen Osten sowie arabische Originalveröffentlichungen.

The screenshot shows the header of the Carnegie Endowment for International Peace website in Arabic. The logo on the left features a stylized 'C' with a globe inside. The text 'CARNEGIE ENDOWMENT for International Peace' is displayed next to it. A navigation menu includes links for 'About Who We Are', 'Experts', 'Programs Employment', 'Publications Conference Center', and 'Events Jr. Fellows Program'. A search bar is located in the top right corner. Below the navigation menu, there is a banner with the title 'نافذة كارنيغي للشرق الأوسط' (Carnegie Window for the Middle East) and a list of services: 'قمة الرئيسية | نشرة الإصلاح العربي | الأنشطة | الإصدارات | الباحثون | من نحن'.

CEIP-Internetportal:

<http://www.carnegieendowment.org/programs/arabic/>